

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Ausleger und für Auerzeitung die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Anschlag Nr. 33.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigerpreis: Die Lebenserhaltungszelle für Anzeigen aus Auer und Umgebung 20 Goldpfennige, aus weiterem Erzgebirge 25 Goldpfennige, Restlands-Zelle 10 Goldpfennige, amtliche Zelle 20 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 116

Mittwoch, den 20. Mai 1925

20. Jahrgang

Stressemann über die Außenpolitik.

Berlin, 18. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichstages ergriff Reichsaußenminister Dr. Stressemann das Wort zu folgender Rede:

Meine Herren, mit dem Haushaltsplan für 1925 haben wir neue Wege eingeschlagen. Ich habe mich in voller Uebereinstimmung mit dem Haushaltsausschuß befunden, als ich erklärte, daß der Abbau des auswärtigen Dienstes nicht nur endgültig beendet sei, sondern unsere politischen und wirtschaftlichen Interessen und zum Ausbau unserer Auslandsvertretungen drängen. Wir haben deshalb auch im vorliegenden Haushaltsplan keine neuen Stellen im Inlande angefordert. Das sachliche Bedürfnis dafür wäre nach Art und Umfang der zu bewältigenden Geschäfte im hohen Maße vorhanden und seine Befriedigung wäre zur günstigeren Gestaltung der gegenwärtigen Verhältnisse im auswärtigen Dienst dringend zu wünschen gewesen. Unser Auslandsdienst bleibt gegenwärtig noch weit hinter der Zahl der Auslandsvertretungen zurück, welche vor dem Kriege unterhielt. Insbesondere sind die Interessen der deutschen Wirtschaft im Auslande noch völlig unzureichend berücksichtigt, was Sie ohne weiteres daraus erkennen, daß wir heute noch nicht die Hälfte der Vorkriegskonsulate wieder erreicht haben. Auch mit den Auslandsvertretungen, die wir im Abrechnungszeit anordnen bleiben wir immer noch erheblich hinter der Gesamtzahl von Konsulaten zurück, welche wir vor dem Kriege im Auslande hatten.

Bevor ich auf die Beziehungen Deutschlands zu den einzelnen Ländern eingehen möchte ich mit einigen Worten der

Beziehung des Auslandsdeutschens

gedenken. Ganzam und in schwerster Arbeit nur gelingt es dem deutschen Kaufmann, dem deutschen Techniker und allen den anderen Landesleuten, die sich draußen in der Welt als Stütze des deutschen Handels niederlassen haben, sich von den schweren Schlägen zu erholen, die sie im Kriege und in der Nachkriegszeit trafen.

Wenn ich auf unsere außenpolitische Lage und unsere Beziehungen zu den einzelnen fremden Ländern eingehen möchte ich zunächst mit demjenigen politischen Ereignis beginnen, das hier in den Augusttagen des vorigen Jahres den Gegenstand der ernstesten Erörterungen bildete, mit der

Annahme des Dawes-Planes.

Die Regierung hat sich damals mit allen Kräften dafür eingesetzt, das Londoner Schlussprotokoll mit dem damit zusammenhängenden Beschluß zur Annahme zu bringen. Auch diejenigen, die damals schwere sachliche Bedenken gegen den Dawesplan vorgebracht haben, werden darüber keinen Zweifel hegen können, daß wir ohne dieses Ereignis kaum eine sicher fundierte Währung besäßen und noch heute in gleicher Weise wie jahrelang vorher im Reich um unseren inneren Zusammenhalt und unsere Existenz ringen müßten. Ueber die finanzielle Befreiung durch die übernommenen Verpflichtungen hat sich der Herr Finanzminister in seinen Ausführungen geäußert. Geradezu völlig falschen Darstellungen möchte ich feststellen, daß auch der Herr Reichsfinanzminister in seiner Ueberschätzung mit der Reichsregierung auf dem Standpunkt der Durchführung des Dawesplanes steht. Wir haben bisher bei dieser Durchführung jeden Termin eingehalten. Er ist von uns dem Buchstaben und dem Geiste nach ausgeführt worden, wie auch die Gegenseite wiederholt ausdrücklich anerkannt hat. Unser Bemühen um diese Ausführung entspricht nicht dem Gefühl einer inneren Verantwortlichkeit oder einem Schuldbewußtsein. Die deutschen Zahlungen haben nach unserer Auffassung nichts mit den Fragen der Gerechtigkeit und Schuld zu tun. Sie sind die Last, die der Sieger kraft seiner Uebermacht dem Besiegten aufzuerlegen hat. Wenn wir die Vereinbarungen trotzdem in freier Entschlossenheit angenommen haben, so geschah es deshalb, weil es uns nach fünfjährigen vergeblichen Bemühungen durch das Londoner Protokoll gelungen war, die Reparationsfrage aus dem Bereich der Machtpolitik herauszulassen und sie auf die Grundlage der vernünftigen wirtschaftlichen Ueberlegung zu stellen, wie dies Deutschland von Anfang an in London, in Brüssel und in Cannes immer betont hat. Hätte man die früheren deutschen Vorschläge, die das damals wirtschaftlich und finanziell noch nicht zusammengebrochene Deutschland freiwillig gemacht hat, angenommen, wieviel mehr wäre an wirtschaftlichen Werten erhalten geblieben, wieviel wäre weiter an Dank, Verbitterung und Enttäuschung den europäischen Völkern erspart geblieben! Es wird viel Arbeit und guter Wille notwendig sein, um diese Schäden wieder auszugleichen.

Dr. Stressemann kommt dann auf die Beziehungen mit den südamerikanischen Staaten, Mexiko, Rußland

und Litauen zu sprechen und fährt fort: Wenn ich zu den uns benachbarten Ländern übergehe, gedenke ich zunächst Deutsch-Oesterreichs. Wie ich noch kürzlich anlässlich der Vorlage des Zusatzvertrages zum deutsch-Oesterreichischen Wirtschaftsabkommen an dieser Stelle ausgeführt habe, ist und bleibt Leitfaden unserer Politik gegenüber Oesterreich, alles zu tun, um im Rahmen der bestehenden Verträge unsere Beziehungen zu dem benachbarten deutschen Brudervolk so eng wie möglich zu gestalten. Wir betrachten es als eine Herzenssache, uns des gemeinsamen, lebendigen Kulturbesitzes, an dessen Schaffung und Fortentwicklung das Oesterreichische Volk so hervorragenden Anteil hat, bewußt zu bleiben und die geistigen Bande, die uns einen, im gegenseitigen Vertrauen immer fester zu knüpfen. Daß die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich über die Aufhebung des Wapzwanges und der damit verbundenen Gebühren nicht zu einem Erfolg geführt haben, bedauern wir außerordentlich. Die Oesterreichische Regierung, die sich zu diesen Verhandlungen bereit erklärt hatte, glaubte im letzten Ende Bedenken wegen der finanziellen Wirkung der Aufhebung der Wapzgebühren äußern zu sollen. Wir sind deutscherseits der Meinung, daß mit dem Wapzwang auch die Wapzgebühren fallen sollten und fallen müssen.

Für die weitere Entwicklung unseres politischen Verhältnisses zu Italien wird hoffentlich der Geist der Verständigung vorbildlich sein, der bei den im einzelnen noch später zu erörternden Handelsvertragsverhandlungen selberseits gezeigt worden ist.

Die Beziehungen des Reiches zur Tschechoslowakischen Republik charakterisieren sich durch ihre gleichmäßige Verbindlichkeit.

Mit der Schweiz, den Niederlanden und mit Ungarn sind unsere Beziehungen unverändert gute und ausgebaut durch traditionelles Vertrauen. In Ungarn verfolgen wir mit lebhafter Sympathie und aufrichtiger Bewunderung die tatkräftige Arbeit des Landes an seinem finanziellen und wirtschaftlichen Aufbau.

Mit Rumänien besteht leider immer noch die bekannte Differenz wegen der Banca Generala-Noten. Wir haben der rumänischen Regierung vorgeschlagen, die Frage einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten. Es ist zu wünschen, daß damit auch das dauerliche Verstehen von rumänischer Seite in unseren Handelsverkehr hineintragende Moment der Meinungsverschiedenheit verschwindet und sich alsdann die Aussicht auf eine ebenso im rumänischen wie im deutschen Interesse gelegene Wiederaufnahme und weitere Ausgestaltung der alten guten Wirtschaftsbeziehungen eröffnet.

Unsere Beziehungen zu Spanien tragen den Charakter einer seit Jahrhunderten durch nichts getrübbten Freundschaft mit diesem Lande, von dem uns keinerlei politische Gegenstände trennen und mit dem uns zahlreiche kulturelle Interessen verbinden. Wir haben von Seiten Spaniens überall Entgegenkommen und Zustimmung gefunden, wo es sich um die Auslösung Deutschlands zur Mitarbeit auf internationalem Gebiet handelt. Ein weiterer Beweis des guten Einvernehmens ist die persönliche Aufnahme, die zahlreiche Vertreter deutscher Wissenschaft erst kürzlich wieder bei ihrem Besuch in dem gastfreundlichen Lande gefunden haben. Hoffentlich wird es der Reichsregierung möglich gemacht auch unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Spanien in einer für beide Teile vorteilhaften Weise weiter zu entwickeln. Auf das vorläufige Handelsabkommen mit Spanien, über dessen Ratifizierung der Reichstag in den nächsten Tagen zu entscheiden hat, werde ich noch eingehen.

Bevor ich auf die großen politischen Probleme übergehe, die zur Zeit zwischen uns und den alliierten Westmächten schweben, möchte ich versuchen, Ihnen einen zusammenfassenden Ueberblick über die Neuregelung unserer Handelsbeziehungen zu geben. Wie ich zum Teil schon in meinen Bemerkungen zu den einzelnen Ländern erwähnt habe, sind die Handelsvertragsverhandlungen mit einer Reihe von Ländern bereits abgeschlossen. Mit mehreren Ländern sind sie im Gange, mit anderen Ländern sind Vorbesprechungen für den demnächstigen Beginn solcher Verhandlungen eingeleitet. Der Ablauf des 10. Januar, bis zu dem nach dem Vertrag von Versailles die alliierten und assoziierten Mächte die einseitige Weisbegünstigung geworfen, hat diesen Mächten den Wunsch eingegeben und uns vor die Aufgabe gestellt, die gegenseitigen Handelsbeziehungen wieder auf eine vertragliche Grundlage zu stellen. Undere Staaten hat die Lage es nahegelegt, wegen einer Modernisierung der bestehenden vertraglichen Abmachungen an uns heranzutreten. Daraus ergibt es sich schon, daß es sich dabei nicht nur darum handelt, einfach die im

Jahre 1914 zerrissenen Fäden der wirtschaftlichen Beziehungen wieder anzuknüpfen. In vielfacher Beziehung sind die Verhältnisse gegenüber der Vorkriegszeit weitgehend verschoben. Teils sind vom deutschen Staatsgebiete Teile abgetrennt und anderen Staatsgebieten angegliedert; teils sind große Wirtschaftsgebiete, wie denen früher einseitige Verträge bestanden, in mehrere Wirtschaftsgebiete aufgelöst; neue Industrien, vor allem in Eisen, Textilien und Chemie sind entstanden in Gebieten, die früher als Eigenproduzenten nicht in Betracht kamen; große Wirtschaftsgebiete haben an Produktions- und Konsumtionskraft nachgelassen, wie im Osten. Alle diese Verschiebungen erfordern eine sehr eingehende und sorgfältige Prüfung der neuen Lage, und so sehr es im Interesse der produzierenden Erwerbszweige erwünscht wäre, bald zu einer endgültigen vertraglichen Regelung auf lange Zeit zu kommen, legen die gegenwärtigen Verhältnisse doch nahe, ein gewisses provisorisches Versuchsstadium mit in Kauf zu nehmen, zumal die Instabilität der Währungen in einigen anderen Ländern als weiterer Faktor der Unsicherheit dazu kommt. Es ist daher unvermeidlich, daß die Abmachungen zum Teil einen etwas provisorischen Charakter tragen.

Dem Reichsrat geht in diesen Tagen die lang erwartete und schon viel erörterte

Zolltarifnovelle

zu. Wenn die Reichsregierung davon abgesehen hat, von dem Reichstag eine erneute Ermächtigung zu erbitten, so ist es seltsam, weil grundsätzliche Bedenken gegen eine Ermächtigung geltend gemacht worden sind. Aber ich möchte wünschen, daß der Reichstag sich mit dem Wunsch der Reichsregierung vereinigt, die Novelle so bald als möglich zu verabschieden. Wie Sie aus der Ihnen vorgelegten Novelle erkennen werden, bestehen die Vorschläge der Reichsregierung zum Teil in der teilweise oder gänzlichen Wiederherstellung der während des Krieges außer Kraft gesetzten Zollsätze, zum Teil in einer zahlenmäßigen Erhöhung. Diese Erhöhungen beschränken sich in den meisten Fällen aber darauf, die im Jahre 1902 festgesetzten Sätze den veränderten Produktionsbedingungen und Preisen insbesondere der Rohstoffe anzupassen. Wir können vom Ausland nicht erwarten, daß es unsere Fertigerzeugnisse aufnimmt, wenn wir seine Waren von unserem Markte ausschließen. Wir sind im Gegenteil bereit, gegenüber den sich vielfach geltend machenden Bestrebungen, sich abzuschließen, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Ihnen vorgeschlagenen autonomen Sätze sind nichts Unabänderliches; wir lehnen es nicht ab, den interessierten Ländern im Vertragswege weitgehende Konzessionen innerhalb der uns durch die Lebensbedürfnisse unserer Wirtschaft gezogenen Grenzen zu machen, wenn wir bei ihnen das gleiche Entgegenkommen finden.

Wenn wir somit einerseits zu einem unseren Produktionsverhältnissen Rechnung tragenden möglichen Zollsystem entschlossen sind, so dürfen wir andererseits nicht übersehen, mit welchen schweren Lasten unsere Wirtschaft gegenüber der des Auslandes belegt ist. Gegenüber den im Ausland vielfach angestellten Steuerergößen, die meist mit der Behauptung enden, daß man in England oder in den Vereinigten Staaten oder sonstwo höhere Steuern zahle als in Deutschland, möchte ich in diesem Zusammenhang doch auf eine Tatsache hinweisen, die dabei im Ausland immer übersehen wird und alle Vergleiche falsch macht: auf die Tatsache nämlich, daß in allen diesen Ländern Steuern von dem tatsächlichen Reineinnommen, von dem Einkommen beschl. werden, während in Deutschland in den letzten Jahren Steuern nicht nach dem Gewinn, sondern nach anderen Maßstäben, nach dem Geschäftsumsatz oder nach dem Betriebsvermögen erhoben worden sind auch wenn kein Gewinn, soar wenn ein Verlust vorhanden war. Mögen die Abgaben vom Reineinnommen in den Vereinigten Staaten oder in England noch so hoch sein, sie sind auf jeden Fall niedriger, als Steuern, die nach zu einem Geschäftsverlust hinwachsen müssen, und unsere Wirtschaft hat in den letzten Jahren zu einem großen Teil mit Verlust gearbeitet. Diese Verhältnisse haben die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt stark behindert.

Wenn Deutschland auf dem Gebiete der Handelspolitik seit dem 10. Januar wieder freie Bahn gewonnen hat, steht dem die Tatsache gegenüber, daß dieser Stichtag des Versailler Vertrages auf einem anderen unsere vitalsten Interessen noch unmittelbarer berührenden Gebiete die notwendige und von uns erhoffte Wende nicht gebracht hat. Die nördliche Rheinlandzone ist am 10. Januar von den alliierten Truppen nicht geräumt worden und ist noch heute besetzt. Nicht nur vom Standpunkt Deutschlands, das den Krieg verloren hat und jedem gewaltsamen Uebergriff ausgesetzt ist, sondern auch vom Standpunkt jedes unparteiischen Beobachters